

Bildung

ÖRR: auf Bildungs- und Informationsauftrag fokussieren!

Dr. Susanne Cassel

Deutschland hat den teuersten und größten öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) der Welt. Über seinen Auftrag, seine Leistungen und Kosten wird immer wieder kontrovers diskutiert. Fälle von Verschwendung bis hin zu Vorwürfen von Untreue offenbaren zudem Defizite der Corporate Governance des ÖRR. Ganz grundlegend stellt sich angesichts der Digitalisierung und eines veränderten Mediennutzungsverhaltens die Frage, ob bzw. in welchem Umfang ein öffentlich-rechtliches Rundfunkangebot heutzutage überhaupt noch zu rechtfertigen ist. In einer Zeit des Informationsüberangebots und der Fake News ist es die Kernaufgabe eines öffentlich finanzierten Rundfunksystems, verlässliche und objektive Informationen bereit zu stellen bzw. Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Dies könnte kostengünstig durch ein Ausschreibungssystem für einzelne, diesem Auftrag entsprechende Sendungen oder Sendereihen erreicht werden. Als Einstieg könnte dies zumindest in kleinerem Umfang erprobt werden. In jedem Falle sollte das Leistungsspektrum der öffentlich-rechtlichen Sender reduziert und auf den Bildungs- und Informationsauftrag fokussiert werden. Zudem sollten die internen Strukturen der Sender kritisch überprüft und ihre Governance-Strukturen gestärkt werden.

Der deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunk wird über einen nutzungsunabhängigen Rundfunkbeitrag mit einem Aufkommen von derzeit über acht Milliarden Euro jährlich finanziert. Sowohl absolut als auch pro Kopf sowie pro Sendestunde leistet sich Deutschland im internationalen Vergleich den teuersten ÖRR. Das Budget des international Zweitplatzierten, die britische BBC, beträgt lediglich fünf Milliarden Euro, gefolgt vom französischen ÖRR mit 3,7 Mrd. Euro. Gleichzeitig hat Deutschland die zweitniedrigste Zuschauerzahl pro Million Euro Beitragsaufkommen. Insbesondere bei jungen sowie unterdurchschnittlich gebildeten Menschen können ARD, ZDF & Co. kaum punkten. Ihr Marktanteil bei den unter 30-jährigen lag 2020 bei lediglich 33 Prozent, bei Personen mit formal niedrigem Bildungs-

abschluss bei nur 13 Prozent.

Angesichts eines breit gefächerten privaten Rundfunk- und Fernsehangebots sowie der starken Verbreitung von Streamingdiensten stellt sich die Frage, warum überhaupt ein öffentlich finanziertes Rundfunkangebot notwendig ist. Aus ökonomischer Perspektive kann ein staatliches Angebot dann angezeigt sein, wenn ein systematisches Marktversagen vorliegt. Historisch gesehen bestand in der Tat die Gefahr eines Marktversagens in Form von Monopolisierungstendenzen, da im analogen Zeitalter die Funkfrequenzen knapp waren, so dass Wettbewerb nur in beschränktem Maße stattfinden konnte. Diese Problematik ist allerdings in der heutigen digitalen Welt nicht mehr relevant. Zudem konkurriert der ÖRR nicht nur mit anderen Sendern, sondern auch mit anderen Medien wie beispielsweise Zeitungen. Die immer wieder vorgebrachten Argumente „positiver Bildungseffekte“ und der „Förderung der Demokratie“ durch den ÖRR lassen sich empirisch nicht belegen und können somit auch nicht als Legitimation für ein öffentlich-rechtliches Rundfunkangebot dienen.

Die in der Zeit von Fake News überzeugendste Begründung liegt in der Problematik des so genannten Media Bias, also einer verzerrten Berichterstattung. In einem rein privat (werbe-)finanzierten Rundfunksystem besteht die Gefahr, dass Sender bei ihren Inhalten zu viel Rücksicht auf Werbekunden oder Eigentümer nehmen müssen. Zudem werden im Internet in großem Umfang ungefilterte Informationen verbreitet, und Informationen können sehr selektiv konsumiert werden („Filterblase“), ohne sich unterschiedlichen Meinungen aussetzen zu müssen. Vor diesem Hintergrund kann ein öffentlich-rechtliches Rundfunkangebot dazu beitragen, Informationen auf Realitätsgehalt, Seriosität und Verlässlichkeit zu überprüfen und den einzelnen dabei zu unterstützen, den Wahrheitsgehalt von Informationen einzuschätzen. Dies setzt allerdings eine hohe Glaubwürdigkeit voraus. Problematisch ist insofern, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk teilweise selbst als politisiert und eben nicht als verlässliche, objektive Informationsquelle wahrgenommen wird.

Eine ökonomisch begründete Reformoption wäre es, nicht mehr den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Institution, sondern als im öffentlichen Interesse angesehene Sendungen bzw. Sendereihen im Wege eines Ausschreibungswettbewerbs zu finanzieren. Auf die Ausschreibungen könnten sich sowohl öffentlich-rechtliche als auch private Sender wie auch freie Medienschaffende bewerben.

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Deutschland hat den teuersten und größten ÖRR der Welt.
- Frühere Begründungen für ein öffentlich-rechtliches Rundfunkangebot sind nicht mehr stichhaltig.
- Informationsüberangebot und Fake News erschweren Informationsüberprüfung.

Politikempfehlungen:

- ÖRR auf seinen Bildungs- und Informationsauftrag fokussieren.
- Leistungsspektrum der öffentlich-rechtlichen Sender verkleinern und ihre internen Strukturen überprüfen.
- Governance-Strukturen reformieren.

Die Auswahl der Sendungen würde einer unabhängigen Kommission obliegen. Für dieses Modell wäre ein deutlich geringeres Budget notwendig als aktuell. Als Einstieg in ein solches System könnten testweise 10 oder 20 Prozent des Beitragsaufkommens für Ausschreibungen genutzt werden. Eine weniger weit reichende Reform bestünde darin, öffentlich-rechtliche Sendeanstalten zusammenzulegen, um Synergieeffekte zu realisieren.

Der Kern jeder Reform sollte darin bestehen, den ÖRR auf seine wesentliche Funktion zu fokussieren, verlässliche und objektive Informationen bereit zu stellen und das vorhandene Informationsangebot auf seinen Wahrheitsgehalt zu prüfen. Das Angebot an Unterhaltungs- und Sportsendungen sollte deutlich reduziert werden, da hier das Potenzial groß ist, privates Angebot zu verdrängen und gleichzeitig wenig Gefahr einer verzerrten Berichterstattung besteht. Flankierend sollten die Governance-Strukturen des ÖRR so reformiert werden, dass Qualität und Unabhängigkeit der Aufsichtsgremien gestärkt werden. Auch die Zahl der Landesmedienanstalten sollte kritisch hinterfragt werden. Und schließlich sollte auch die interne Struktur und Ausstattung der Sender umfassend überprüft und entsprechend angepasst werden. So könnte der öffentlich-rechtliche Rundfunk in einer Welt von Informationsüberangebot, Fake News, Filterblasen und Echokammern seinem genuinen Bildungs- und Informationsauftrag schlagkräftig nachkommen.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter Reformdruck“ mit Prof. Dr. Justus Haucap (Düsseldorf Institute for Competition Economics und ECONWATCH).

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12
10178 Berlin

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf:

www.econwatch.org